

## KOMMENTAR



**Reinhard Breidenbach**  
zu Behandlungsfehlern

@ rbreidenbach@vrm.de

## Aufrüttelnd

Die Zahl ärztlicher Fehler liege im Promillebereich, sagt der Präsident der Bundesärztekammer. Recht hat er. Aber das ist absolut kein Trost für alle, die nach einer falschen Behandlung unter gravierenden Folgen leiden. Jeder Behandlungsfehler ist einer zu viel; zugleich muss der Mensch als solcher akzeptieren, dass seine Spezies zu völliger Fehlerfreiheit nicht in der Lage ist. Diese Situation mag makaber erscheinen, bleibt aber wohl noch lange irreversibel. Hinzu kommt eine Besonderheit der Medizin. Fehler in diesem Feld haben sehr oft unmittelbare dramatische Konsequenzen für die Gesundheit eines Menschen, führen nicht selten zum Tod. Die Verantwortung des Arztes ist also eine ganz besondere. Entscheidend ist nun, wie dieser Verantwortung nachgekommen wird. Anders formuliert: Wird in deutschen Praxen und Kliniken unter Aufbietung aller zur Verfügung stehender Kräfte alles getan, um Fehler zu vermeiden? Die Antwort des Krankenkassen-Spitzenverbandes lautet offenkundig: nein. Und das ist schockierend, muss aufrütteln. Wenn die Rede davon ist, der Wandel zu einer verstärkten Sicherheitskultur sei „bestenfalls eingeleitet“, dann bedeutet das ein glattes „mangelhaft“. Dass die Bundesärztekammer die Lage günstiger beurteilt, überrascht nicht. Der Patient steht mittendrin, und ihn beschleichen unangenehme Gefühle. Wenigstens ist er im Durchschnitt aufgeklärter und in der Lage, sich besser zu informieren, als dies früher der Fall war. Größte öffentliche Aufmerksamkeit ist ein wichtiges Mittel im Kampf gegen Fehler. Dennoch bleibt viel Unsicherheit. Das Fehlverhalten zivil- und gegebenenfalls auch strafrechtlich strikt geahndet werden muss, bedarf keiner Diskussion.



**Peter Königsberger**  
zur Neuregelung des Abschieberechts

@ pkoenigsberger@vrm.de

## Anstand und Würde

Gesetzliche Regelungen, die den Behörden keine Chance auf individuelle Entscheidungen lassen, ja im schlimmsten Fall keinen Unterschied zwischen Gut und Böse machen, stellen das Selbstverständnis einer Demokratie auf den Kopf. Teile der bislang geltenden Vorschriften zum Bleiberecht sind solche welt- und anstandsfernen Regeln. Deshalb wird es höchste Zeit, sie zu ändern und so dem gesunden Menschenverstand derer, die dem Gesetz Geltung zu verschaffen haben, mehr Spielraum zu geben. Welchem Polizisten ist nicht schon die Zornesröte ins Gesicht gestiegen, wenn er einen kriminellen Ausländer zum wiederholten Mal dingfest gemacht hat und er diesem nach kurzer Zeit wieder auf den Fersen sein musste, weil es keine Handhabe gab, den Mann dorthin zurückzuschicken, wo er herkam. Welchem Sachbearbeiter im Ausländeramt hat nicht schon das Herz geblutet, weil er ganzen Familien mitteilen musste, dass sie keine Chance auf eine Zukunft hierzulande haben, obwohl sie sich längst mit allem was dazugehört, in unserer Gesellschaft integriert hatten – und dieser nicht nur nicht zur Last fielen, sondern mit ihrem besonderen Engagement ein wertvolles Mitglied geworden waren. Der Gesetzentwurf des Bundesinnenministers rückt dieser alltäglichen Absurdität zu Leibe. Dafür gebührt Thomas de Mazière Lob und Anerkennung. Bleibt zu hoffen, dass seine Vorlage schnellstmöglich den Segen des Parlaments erhält und so zum Gesetz wird. Denn es geht hier nicht nur um Rechtssicherheit, was per se schon ein hohes Ziel ist, sondern auch um Anstand und Würde, Werte also, ohne die eine Demokratie gar keine wäre.



## UNSERE BLOGS

### Perspektivwechsel

Als Volontär in der Sportredaktion:

Für manche ist die Sportberichterstattung das Traumressort schlechthin. Andere haben für Fußball-Kreispokal, Volleyballerinnen und Eistanz mit und ohne Puck und Schläger genauso viel übrig wie Gynäkologen für Sprachgesetze – oder noch weniger. „Ich habe wirklich nicht viel Ahnung von Sport“, ist prinzipiell ein guter Satz, wenn man sich vor derlei Unlieb drücken will, oder eben nicht, wenn es die Profis in der Redaktion gut mit einem meinen. Wie man am besten den Zugang zum Sport findet, auch davon erzählt der neue Volo-Blog.  
Alle Blogs auf unserer Internetseite im Bereich „lokales/blogs“



Die Männer der Spiegel-Affäre im Film (v.l.): Josef Augstein (André Hennicke), Rudolf Augstein (Sebastian Rudolph), Hans Detlev Becker (Johann von Bülow) und Leo Brawand (Max Hopp). Die Verfilmung feierte auf Arte Premiere und ist am heutigen Mittwoch in der ARD zu sehen.  
Foto: Arte-Bildredaktion

# „Unter vielen Aspekten hochaktuell“

**SPIEGEL-AFFÄRE** Mehr als 50 Jahre nach den historischen Ereignissen kommt die Geschichte ins Fernsehen

**MAINZ.** Der Ausgang der Spiegel-Affäre im Jahr 1962 wird als Geburtsstunde der Pressefreiheit bezeichnet. Jetzt hat die ARD daraus einen Film gemacht. Wie relevant das Thema noch heute ist, erzählt Professor Dr. Volker Wolff im Interview. Seit vielen Jahren lehrt der ehemalige Chefredakteur der Wirtschaftswoche am Journalistischen Seminar der Mainzer Universität.

**werfen die USA Edward Snowden vor. Im Zuge dieser Affäre zwang die britische Regierung die Zeitung „The Guardian“, Festplatten mit Snowden-Daten zu zerstören. Wenn man solche Meldungen liest, kann man da Angst bekommen, dass die Pressefreiheit wieder in Gefahr ist?**

## INTERVIEW

**Herr Wolff, mehr als 50 Jahre nach den Durchsuchungen der Spiegel-Redaktion wurden die Ereignisse verfilmt – ein wichtiger Schritt?**

Ja, sicher. Das ist zwar lange her, ist aber unter vielen Aspekten hochaktuell: Welche Rolle spielen Medien? Was dürfen und sollen Journalisten recherchieren? Und vor allen Dingen: Welche Rolle spielen sie in einer Demokratie? Das sind Fragen, die im Moment oft als altmodisch angesehen und milde belächelt werden. Ich muss da nur auf manche Erscheinungen des Online-Journalismus gucken oder auf die Vermischung von PR und Journalismus, dann stehen mir die Haare zu Berge.

**Die Spiegel-Mitarbeiter mussten sich wegen Landesverrats verantworten. Das Gleiche**

Die ist immer in Gefahr. Der Konflikt ist ja institutionalisiert. Wenn die Pressefreiheit auch darin besteht, Missstände aufzudecken und das sogar als öffentliche Aufgabe auch definiert wird, dann ist klar, dass jede Macht immer bestrebt sein wird, das zu verhindern. Wer lässt denn gerne seine eigenen Verfehlungen aufdecken? Niemand.

**Wobei es heute ja ganz andere Möglichkeiten der Recherche gibt. Stichwort „Datenjournalismus“. Journalisten können sich an riesigen Informationsbeständen bedienen – legal und illegal. Hat die Pressefreiheit auch Grenzen?**

Illegal ist eigentlich nur ganz, ganz selten zulässig. Aber selbst legal lässt sich heute sehr viel mehr zusammentragen als vor 50 Jahren. Wir haben Daten-

banken, das Internet und viel Publizität auch bei Behörden. Das ist ein Maß von Transparenz, bei dem man auch als Journalist, der ganz woanders sitzt, gut recherchieren kann. Die Grenzen der Pressefreiheit liegen heute eher in dem, was die Medien daraus machen. Nutzen sie all das aus, was sie tun könnten, und tun sie all das, was sie als öffentliche Aufgabe erfüllen müssten? Da habe ich meine Zweifel. Es besteht die Tendenz, sich selbst zu beschneiden.

**Gilt die Kritik also vielmehr den Medienmachern?**

Ich übe keine pauschale Kritik. Ich sehe ja auch mit Freude,



Journalismus-Professor Volker Wolff lehrt in Mainz. Foto: Kopp

dass sich mit Hilfe öffentlicher Sender redaktionsübergreifend Recherche-teams formiert haben, die bezeichnerweise nun auch wieder kritisiert werden. Das sei Verschwendung öffentlicher Mittel – für mich nicht nachvollziehbar. Dennoch gibt es hier und da einen befremdlichen Umgang mit der Pressefreiheit. Der Inhalt des Spiegel-Urteils von 1966 ist ja: Pressefreiheit ist eine dienende Freiheit. Das ist bei manchen Verlagen und Wissenschaftlern, ja sogar in der einen oder anderen Journalistenausbildung – wie mir scheint – etwas aus dem Fokus geraten. Und dann gibt es auch die Staatsanwälte, die in die Redaktionen rauschen – aber diese Art der Bedrohung der Pressefreiheit ist ja Standard.

**Glauben Sie, dass auch Angst dahinterstecken könnte? Es ist noch nicht allzu lange her, da ließ die Staatsanwaltschaft die Redaktionsräume des Magazins Cicero durchsuchen.**

Das kann immer wieder passieren. Das ist ganz normal, dass der Staat oder wer auch immer gegen Redaktionen vorgehen, wenn die ihren Job tun. Dass man dann als Journalist einen Schreck bekommt, ist auch normal. Aber Angst sollte einen Journalisten nicht leiten.

## DER FILM

► „Die Spiegel-Affäre“ läuft am heutigen Mittwoch, 7. Mai, um 20.15 Uhr in der ARD.

**Umgekehrt können ja auch die Medien zu Strippenziehern werden. Rudolf Augstein hat bewusst gesteuert, er wollte Verteidigungsminister Franz Josef Strauß aus dem Weg schaffen.**

Jeder Journalist spielt in gewisser Weise gerne mit. Er soll es sogar: Informationen beschaffen, Nachrichten verbreiten, Stellung nehmen, Kritik üben und die Meinungsbildung ermöglichen – das steckt alles in seiner öffentlichen Aufgabe. Natürlich will man als Journalist etwas verändern, bestenfalls zum Guten. Das halte ich für absolut legitim. Auch im Fall des Spiegel-Verlegers. Dass Rudolf Augstein möglicherweise auch politische Ziele verfolgte, ist wohl klar. Es entsprach aber seiner öffentlichen Aufgabe auch, laut zu sagen: „Wir sind im Kalten Krieg und leider sind wir so schlecht aufgestellt, dass wir diese Bedrohung aus dem Osten nicht abwehren können.“

Das Interview führte Lea Mittmann.

# Die Netzaktivisten und Edward S.

**KONFERENZ** NSA-Skandal prägt Republica in Berlin / „Ihr seid Teil dieser Freiheitsbewegung“

Von Jessica Binsch

## 6000 TEILNEHMER, 350 VORTRÄGE

► Was 2007 als Bloggerkonferenz begann, wird inzwischen von Politikern und Managern aufmerksam beobachtet. Mit rund 6000 Teilnehmern ist die Konferenz die bisher größte Tagung von Netzaktivisten in

Deutschland. Neben politischen Themen widmen sich die rund 350 Vorträge und Podiumsdiskussionen auch Fragen der Netzkultur, der Gestaltung persönlicher Identitäten im Internet und der Zukunft der Medien.

Folge der US-Dominanz in den internationalen Beziehungen, kritisierte die britische Wikileaks-Aktivistin Sarah Harrison.

Der ehemalige Mitarbeiter des US-Geheimdienstes NSA darf sich nach aktuellem Stand bis Mitte des Sommers in Russland aufhalten. „Aber ihr habt noch zwei Monate Zeit, eure Regierung zu überzeugen“, sagte Har-

ison. Sie hatte Snowden im vergangenen Jahr von Hongkong nach Moskau begleitet.

Die von den USA betriebene massive Überwachung von Bürgern sei zu einem Werkzeug der geopolitischen Macht geworden und unterscheide sich grundsätzlich von der in anderen Ländern üblichen Praxis, meinte Harrison. „Weltweit sollten Staaten

gegen diese Dominanz und die Überwachung aufstehen, und ich wünschte, mein Land wäre da mit dabei.“ Stattdessen könne sie nicht nach Großbritannien zurückkehren, weil sie dann mit ihrer Festnahme rechnen müsse.

Der NSA-Skandal prägte auch die Eröffnung der Konferenz. Beckedahl rief dazu auf, „das Netz wieder aus den Händen dieser kriminellen Geheimdienste (zu) entreißen“. Der Chef der Berliner Senatskanzlei, Björn Böhning (SPD), begrüßte, dass die dreitägige Konferenz die Freiheit vor Überwachung in den Blick rücke – „egal ob sie staatlicher oder privater Natur ist“. „Ihr seid Teil dieser Freiheitsbewegung“, rief Böhning den Teilnehmern zu.

## LEXIKON

### Steuerschätzung

Der Arbeitskreis Steuerschätzung besteht seit 1955. Experten von Bund und Ländern, Bundesbank, Kommunalverbänden, Forschungsinstituten und Statistikamt prognostizieren zweimal im Jahr die Steuereinnahmen – jeweils im Frühjahr und im Herbst. Die Vorhersagen sind Basis für die Haushaltspläne von Bund, Ländern und Kommunen. Sie basieren auf Wirtschaftsprognosen der Bundesregierung. Es werden mögliche Einnahmen von der Lotteriesteuer bis zu den großen Posten der Lohn- und Umsatzsteuer – jeweils einzeln ermittelt. ► POLITIK

Alle Lexikon-Einträge finden Sie auf der Internetseite dieser Zeitung.